

# magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 10.2012

25.10.2012

## Zukunft der Alterssicherung Wohin geht die Reise?



[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)



1) Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied  
2) Nur bei Sollzinsbindung von 10 Jahren  
3) Zwischen 1 % und 5 % p. a. bezogen auf das Ursprungsdarlehen  
(bei tilgungsfreier Anlaufzeit nur zwischen 2 % und 5 %)



**Informieren Sie sich  
jetzt über unsere  
aktuellen Konditionen!**

## Baufinanzierung für den öffentlichen Dienst zu Top-Konditionen<sup>1)</sup>

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

### Ihre Vorteile:

- ▶ Bis zu 100 %ige Finanzierung des Kaufpreises
- ▶ Frei wählbare anfängliche Tilgung von 1 % bis 5 % p. a.
- ▶ 3 Jahre tilgungsfreie Anlaufzeit möglich<sup>2)</sup>
- ▶ Änderung des Tilgungssatzes bis zu dreimal möglich<sup>2)3)</sup>
- ▶ Persönliche Beratung durch Ihren BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst
- ▶ Keine Bearbeitungsgebühr
- ▶ 5 % Sondertilgungsrecht p. a.
- ▶ Individueller Finanzierungsplan

### Jetzt informieren:

Bei Ihrem Kundenberater Öffentlicher Dienst,  
unter [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder  
Tel. 0 180/40 60 105 (0,20 Euro/Anruf Festnetzpreis;  
Mobilfunkhöchstpreis: 0,42 Euro/Minute)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

# Inhalt

Titel	
Zukunft der Alterssicherung – Wohin geht die Reise?	4
Kommentar	
Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende	
Im Fokus: Beamtenversorgung versus Rente	6
Meldungen	
DGB: Rechte der ArbeitnehmerInnen stärken	7
Bahn: EVG gründet beamtenpolitischen Ausschuss	7
Europa: Länder wollen höhere Einsparungen bei Beamten	8
Aus den Ländern	
Novellierung des Dienstrechts in zwei Akten –	
DGB NRW fordert Reform statt Reparatur	9
Berlin: ver.di demonstriert gegen Personalabbau	10
Hessen: Land will 1.900 Stellen einsparen	11
Saarland: Rechnungshof empfiehlt höhere Abschläge auf Pension	12
Sachsen-Anhalt: Zusätzlicher Urlaubstag auch für Beamte	13
Service	
Altersteilzeit – Voraussetzungen und Wirkungen	14
Interview	
Annelie Buntenbach: Altersarmut ist vermeidbar	16
Aus den Gewerkschaften	
ver.di: Modellprojekt zum demografischen Wandel	17
Vermischtes	
Urteil: Mindestalter für Einstieg in Beamtenlaufbahn verfassungswidrig	18
Aktion: UMfairTEILEN – Tausende Menschen fordern gerechte Staatsfinanzierung	18

## Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Lea Arnold, Alexander Haas, Barbara Haas, Lisa Kranz, Dr. Karsten Schneider, Henriette Schwarz, Daniela Zinkann; Titelbild: digitalstock.de/gra-dts; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Uwe Tillmann, 1. Industriestr. 1–3, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Fax: 0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de, www.beamtenmagazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

# Editorial



Karsten Schneider

Foto: Kay Herschelmann

Liebe Leserinnen, liebe Leser, es gehen wieder Gespenster um. Die Absenkung des Rentenniveaus ist beschlossen. Begründet wird die Absenkung u. a. mit der demografischen Entwicklung. Dieses Argument kennen wir seit über 100 Jahren und immer wieder hat sich gezeigt, dass unser Rentensystem sehr leistungsfähig ist. Dies lässt sich auch an der doch erfolgreichen Integration der neuen Bundesländer erkennen. Anstatt also auf die Leistungsfähigkeit des Rentensystems und den Produktivitätsfortschritt, welcher auch durch einen guten öffentlichen Dienst möglich gemacht wird, zu setzen, werden wieder reine Kostendebatten geführt. Es ist beinahe folgerichtig, dass die Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Zuge dieser Debatte auch skandalisiert wird. Die Sicherung einer angemessenen Altersversorgung als politische Herausforderung ist daher Thema des Beamten-Magazins. Wenn die Bundesregierung die Demografie als Wahlkampfmittel nutzt, ist das zu kurz gesprungen. Es gibt eine demografische Herausforderung, die liegt aber darin, alles zu unternehmen, unsere Wirtschaft und den öffentlichen Dienst handlungsfähig zu halten. Wir brauchen deswegen unmittelbar eine Strategie qualifizierte Beschäftigte zu gewinnen und an den öffentlichen Dienst zu binden. Zum Beispiel, indem die im Vergleich zur Privatwirtschaft doppelt so hohe Quote befristeter Beschäftigung heruntergeführt wird. Die Sicherung der Leistungsfähigkeit, indem qualifiziertes Personal gewonnen und gebunden wird, indem der öffentliche Dienst seine Attraktivität als Arbeitgeber wieder erhöht, ist das beste Mittel auch die Altersversorgung zu sichern. Dies ist ein Mittel, die demografische Herausforderung zu meistern und die Gespenster zu vertreiben. ■

Dr. Karsten Schneider, Leiter der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand

# Titel



**Die Bundesregierung plant eine Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,6 Prozent auf 19,0 Prozent. Einen solchen Schritt lehnen nicht nur Gewerkschaften, Sozialverbände und die Opposition ab. Auch in den eigenen Reihen von CDU und CSU ist das Vorhaben umstritten. Um die Zukunft der Alterssicherung wird heftig gerungen. Das Magazin für Beamtinnen und Beamte greift die aktuelle Debatte über die Rentenversicherung auf und geht dabei auch auf die Themen Beamtenversorgung und private Altersvorsorge ein.**

## Zunehmende Altersarmut

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird es immer schwieriger die wachsende Lücke zwischen einem stetig sinkenden Rentenniveau – 2030 wird es nur noch 43 Prozent betragen – und einer Lebensstardsicherung im Alter durch ergänzende Vorsorge zu schließen. Die finanzielle Last für die Versicherten steigt, während gleichzeitig der Riester-Rente in einer aktuellen Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) eine wesentlich niedrigere Rendite als der gesetzlichen Rente bescheinigt wird.

Vor drohender Altersarmut warnt der DGB seit langer Zeit und setzt dem sein Rentenkonzept 2012 entgegen (siehe auch Interview S. 16).

Als Ursachen für ein sinkendes Rentenniveau sieht der DGB neben den Kürzungen, die der Gesetzgeber seit 2001 vornimmt, vor allem aber auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit einem wachsenden Niedriglohnssektor, brüchigen Erwerbsbiografien und schlechten Arbeitsmarktchancen für Ältere.

## Zukunft der Alterssicherung

### Wohin geht die Reise?

Zur unionsinternen Kritik an einem geringeren Beitragssatz kommt die Absage der Bundeskanzlerin an eine Zuschussrente, wie sie Bundesarbeitsministerin von der Leyen kürzlich präsentiert hat. Mit ihr sollte Armut im Alter auf Grund zu niedriger Renten vermieden werden. Unterdessen legen die anderen Parteien eigene Konzepte für Änderungen bei der Rente vor. Der Herbst wird also reich an Diskussionen über die Zukunft der Alterssicherung sein.

### Vergleich von Rente und Pension

Angesichts der aktuellen Diskussion ist es nicht verwunderlich, dass sich Presseberichte über andere Vorsorgesysteme und speziell über die Versorgung von Beamtinnen und Beamten häufen (siehe auch Kommentar S. 6). Titel wie „Wohlverdienender Ruhestand: Pensionierte Beamte müssen keine Altersarmut fürchten“ oder „Arme Arbeiter, reiche Beamte“ provozieren mit ihrem schwarz-weiß Schema. Eine sachliche Diskussion über die Unterschiede von Rente und Pension findet kaum statt. Die Ausgestaltung der Beamtenversorgung steht in direktem Zusammenhang mit dem verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz einer amtsangemessenen Alimentation. Die Differenz zwischen Renten- und Beamtenversorgungsansprüchen ergibt sich außerdem auch aus Unterschieden in den Qualifikationsniveaus und den Erwerbsverläufen. Der Akademikeranteil unter den Beamten ist besonders hoch: 75 Prozent verfügen über einen Fachhochschul- bzw. Universitätsabschluss.

### Große Mehrheit der Bürger befürwortet nachhaltige Rentenpolitik

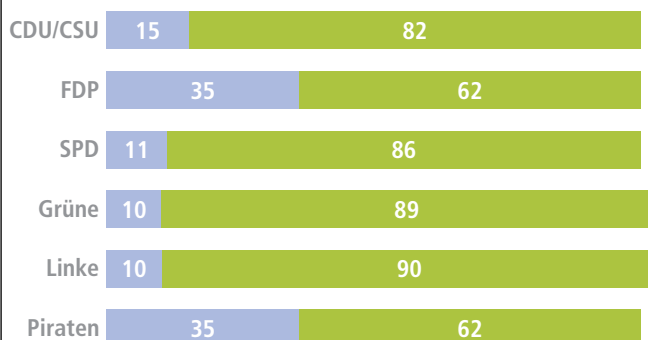
Überschüsse in der Rentenversicherung sollten

■ genutzt werden, um die Beiträge zur Rentenversicherung geringfügig zu senken

■ aufgespart werden

an 100 Prozent fehlende Angaben = „Sonstiges“ bzw. „weiß nicht“

Anhänger von



Quelle: Forsa, August 2012

### Das Kostenargument

Bleibt noch die oft zitierte „Versorgungslast“ für die öffentlichen Haushalte. Die Beamtenversorgung führt nicht zwangsläufig zu einer Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte. Die Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte wird insgesamt nicht von den Ausgabenposten, sondern von der ökonomischen Entwicklung und der Struktur der Steuereinnahmen bestimmt. Die vermeintlich drohende Überforderung wird dagegen durch Hochrechnung von Kostenbelastungen über mehrere Jahrzehnte suggeriert. Solche Hochrechnungen sind unseriös und führen immer zu horrenden Zahlen. Sie vermitteln den Eindruck



→ sofortiger Fälligkeit aller gegenwärtigen und künftig entstehenden Ansprüche, was an der Realität völlig vorbeigeht. Forderungen nach weiteren Kürzungen bei den Pensionen kann entgegengehalten werden, dass alle Rentenreformen der vergangenen Jahrzehnte wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen wurden. In einem aktuellen Bericht der Bundesregierung werden die Kürzungen in der Beamtenversorgung durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 unter Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklung der Alterssicherungssysteme aufgearbeitet. Das Fazit lautet, die Reformmaßnahmen wirkten nachhaltig entlastend. Die Beamtenversorgung, zumindest die des Bundes, habe keinen Nachholbedarf bei der Umsetzung niveaureduzierender Maßnahmen.

### Entscheidende Weichenstellung

Im Interesse einer Alterssicherung, die die Menschen nicht in die Altersarmut führt und die den Lebensstandard sichern kann, ist eine nachhaltige Politik gefragt. Die Absenkung des Beitragssatzes auf 19,0 Prozent entlastet vielleicht kurzfristig Wirtschaft und Arbeitnehmer, schwächt auf lange Sicht gesehen aber die gesetzliche Rentenversicherung und wird zwangsläufig in der nahen Zukunft wieder eine Beitragssteigerung oder sogar weitere Leistungskürzungen notwendig machen. Denn ist der Schritt einer Absenkung erst einmal getan, wird nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr die nächste Regierung, egal welcher Farbe, wohl kaum sofort den vermeintlich unpopulären Weg einer Anhebung des Rentenbeitrags einschlagen. ■



DGB-Rentenkonzept 2012 unter: [www.ichwillrente.net](http://www.ichwillrente.net)

Bericht der Bundesregierung zu Kürzungen in der Beamtenversorgung unter: BMI ► Öffentlicher Dienst ► Beamte ► Versorgung

DGB-Stellungnahme zum Entwurf eines Berichts der Bundesregierung zur Anhebung der Altersgrenzen sowie Positionspapier des DGB zur Beamtenversorgung unter: DGB ► Beamte ► Beamtenversorgung

# Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

## Beamtendarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 80.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

## Jetzt Angebot anfordern:

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**  
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg  
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457  
MBoeD@nuernberger.de

**INFO-SERVICE**  
Öffentlicher Dienst/Beamte

INFO-SERVICE  
1. Industriestr. 1–3  
68804 Altlußheim



Kommentar von Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende

## Im Fokus: Beamtenversorgung versus Rente

Die Meldungen, in denen über hohe Pensionen und niedrige Renten berichtet wird, häufen sich aktuell wieder. Für gewöhnlich lautet das Fazit ungefähr so: Beamte schwämmen im Ruhestand im Geld und das müsse dringend geändert werden. Als Vergleichsmaßstab werden durchschnittliche Rentenansprüche herangezogen. Dabei bleibt eine Differenzierung der beiden gänzlich unterschiedlichen Systeme Beamtenversorgung und Rente sowie eine Gegenüberstellung von Personen mit vergleichbaren Bildungs- und Berufsbiografien bis auf wenige Ausnahmen aus. Vergessen wird meistens auch, dass die Beamtenversorgung die Funktion einer Vollversorgung übernimmt, also einer Rente plus betrieblicher Zusatzrente entspricht.

Kürzlich stellte eine Zeitung sogar fest, die Beschäftigung als Beamter schütze vor Altersarmut. Dies ist mit Blick auf den verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz einer amtsangemessenen Alimentation eine interessante Erkenntnis.

Doch während sich Beamtinnen und Beamte im aktiven Dienst zum Beispiel als Polizistin oder Feuerwehrmann besonderer Sympathien in der Bevölkerung erfreuen, werden sie im Ruhestand häufig nur noch als Kostenfaktor, als Belastung für die öffentlichen Haushalte wahrge-



Ingrid Sehrbrock

Foto: DGB

nommen. Die Beamtenversorgung müsse gekürzt werden, da sie im Vergleich zur Rente viel zu hoch sei. Auffallend ist, dass diese Forderung überwiegend von denjenigen vertreten wird, die auch den Ausbau der privaten, kapitalgedeckten Altersvorsorge propagieren.

Die Vergleiche mit der Beamtenversorgung lenken davon ab, dass wir dringend Reformen brauchen, damit die gesetzliche Rente auch in Zukunft zum Leben reicht. Doch warum wird nicht gefordert, das System der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken? Niedriglöhne, ungesicherte Beschäftigung und Minijobs bewirken Minirenten. Die sich durch mehrere Rentenreformen abzeichnende Absenkung des Niveaus auf 43 Prozent führt für viele sicher in die Altersarmut und dies trotz jahrelanger Beitragszahlung. Der DGB macht sich deshalb stark für eine gerechte Rente und zeigt auf, wie Altersarmut vermieden werden kann. ■



DGB

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



# Meldungen

Bund

## DGB: Rechte der ArbeitnehmerInnen stärken

Der DGB hat politische Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013 aufgestellt. Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa stehen dabei im Mittelpunkt. Der DGB erwartet von den Parteien, dass sie sich für den Ausbau von Tarifautonomie und Arbeitnehmerrechten einsetzen. Diese sollen durch gestärkte Flächentarifverträge auch im öffentlichen Dienst – zum Beispiel, um die Situation der angestellten Lehrerinnen und Lehrer zu verbessern – gefördert werden. Der DGB fordert die Parteien auf, Mitbestimmung der Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräte auszubauen und dafür in Europa zu werben. Er möchte Lohndumping unterbinden und alle Arbeitsverhältnisse sozialversicherungsspflichtig machen. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe müssen dem Beschluss des DGB-Bundesvorstands zufolge soziale Kriterien wie Tariftreue der Unternehmen, Mindestlohn und Gleichstellung von Männern und Frauen berücksichtigt und gesetzlich verankert werden.

Eine solidarisch finanzierte Alterssicherung soll Altersarmut und sozialen Abstieg vermeiden und garantieren, dass Beschäftigte im Alter ihren Lebensstandard beibehalten können. Der DGB verlangt bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für einen abgesicherten Übergang in den Ruhestand, etwa eine Teilrente ab 60 Jahren.

Auf europäischer Ebene setzt sich der DGB für soziale Grundrechte ein. Die soziale Gestaltung Europas erfordere eine soziale Fortschrittsklausel und einen neuen Sozialkontrakt. Die Bundesregierung sei bei der Umsetzung dieser Ziele und der Überwindung der Sparpolitik besonders gefordert. Die mit der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise einhergehenden Sparauflagen vertieften die soziale Spaltung und schwächten die Wirtschaft in vielen Ländern, warnt der DGB.



Protest gegen die geplante Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Berlin. Foto: C. Ditsch/version-foto.de

Wachstum und Wohlstand seien auch die Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sagte: „Mit diesem Beschluss ist es uns frühzeitig gelungen, unsere inhaltlichen Erwartungen an die Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu formulieren, während die Parteien noch an ihren Wahlprogrammen schreiben.“ Niemand könne nun sagen, nicht gewusst zu haben, was dem DGB am Herzen liege. „Es liegt jetzt alles schwarz auf weiß vor und wir sind gespannt, wie sich die Parteien zu unseren Themen und Forderungen aufstellen.“ ■

## Demonstration gegen Reform der Schifffahrtsverwaltung

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft haben in Berlin gegen die geplante Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) demonstriert. Eine Initiative aus ver.di, Reedereien, Wirtschaftsbetrieben und Nutzern von Wasserstraßen übergab eine Resolution an Bundestagsabgeordnete. Sie forderten darin eine zukunftssichere Entwicklung der Binnenwasserstraße zwischen Elbe und Oder.

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) beabsichtigt, die Wasserstraßen neu zu kategorisieren. Ein Ausbau wäre dann nur noch für Verbindungen der wichtigsten Kategorie A vorgesehen, wozu keiner der ostdeutschen Wasserwege gehört. ver.di befürchtet, dass der Osten Deutschlands gemessen am Schiffsverkehr „in der Bedeutungslosigkeit versinken würde“.

Mit der Reform soll die WSV umstrukturiert und stark verkleinert werden. „Die rund 1.500 Beschäftigten in Berlin und Brandenburg fürchten daher einen drastischen Personalabbau und eine einschneidende Reduzierung der Ausbildung“, berichtet ver.di. Die Reform schwäche die Leistungen und die Kompetenz der WSV. Ihre Wirtschaftlichkeit zweifelt ver.di daher an. Die Gewerkschaft fordert die Bundesregierung auf, die Beschäftigten mit ihren Personalvertretungen an der Reform zu beteiligen und gemeinsam ein umfassendes Konzept für das Wasserstraßennetz zu erarbeiten. ■

Bahn

## EVG gründet beamtenpolitischen Ausschuss

Bei der EVG widmet sich nun ein beamtenpolitischer Ausschuss den Interessen der Beamtinnen und Beamten im Bahn-Konzern. Auf der konstituierenden Sitzung im September wählten die Ausschussmitglieder Ulrich Nölkenbockhoff zum Sprecher. Er ist auch Vorsitzender des Besonderen Hauptpersonalrats bei der Präsidentin des Bundeseisenbahnvermögens. Stellvertreter sind Gerald Horst, Vorsitzender des dortigen Hauptpersonalrats und Jochen Schünemann, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates beim Eisenbahnbundesamt.

Der Ausschuss soll die Interessen der verbeamteten Mitglieder aus den Wahlkreisen der EVG bündeln, daraus gemeinsame Ziele einer gewerkschaftlichen Beamtenpolitik formulieren und in die gewerkschaftlichen, betriebli-

# Meldungen

chen und behördlichen Gremien einbringen. Er vertritt die Interessen der Beamten in Zusammenarbeit mit den Organisationsstellen der EVG und des DGB. Die vielseitigen Themen in den Bereichen Besoldung, Krankenversorgung, Bundeseisenbahnvermögen, Eisenbahnbundesamt und Beamte im Konzern der Deutschen Bahn könnten nur durch engagierte Kolleginnen und Kollegen mit berufsspezifischen Kenntnissen begleitet werden, teilt die EVG mit. Der Ausschuss hat sich unter anderem mit den sehr langen Wartezeiten bei Erstattungen der Krankenversorgung der Bundesbeamten (KVB) befasst. „Die Geduld der KVB-Mitglieder wird überstrapaziert“, sagt Nölkenbockhoff. Die EVG forderte erneut, umgehend Abhilfe zu schaffen. Auf dem Arbeits-

programm stehen außerdem der Demografiebericht der Bundesregierung und beamtenrechtliche Beteiligungsverfahren. ■

Europa

## Länder wollen höhere Einsparungen bei Beamten

Um Einsparungen bei den Beamtinnen und Beamten der Europäischen Union (EU) ist ein Streit entbrannt. Einigen Mitgliedsländern, darunter Deutschland, gehen die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Verordnung über die Bediensteten der EU nicht weit genug. Die Verordnung legt die Beschäftigungsbedingungen der Beamten fest. Nach den Berechnungen der EU-Kommission könn-

te eine Milliarde Euro eingespart werden, indem das Renteneintrittsalter der Beamten von 63 auf 67 Jahre angehoben, die Anzahl der Beschäftigten um fünf Prozent reduziert und die Wochenarbeitszeit erhöht werden würde. Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Österreich, Dänemark, Finnland, die Niederlande und Schweden haben die Kommission aufgefordert zu berechnen, wie fünf, zehn oder fünfzehn Milliarden Euro eingespart werden könnten. Die Kommission habe aber bisher keine Vorschläge vorgelegt, daher könne der EU-Rat keinen Entschluss fassen. Das EU-Parlament ebenso wie die Kommission sind der Meinung, dass drastische Einschnitte wie sie der EU-Rat fordere, nicht möglich sind. ■

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



## Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche?

– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

**Debeka-Hauptverwaltung**  
**Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18**  
**56058 Koblenz**  
**Telefon (02 61) 4 98 - 0**  
**www.debeka.de**

anders als andere

Debeka



# Aus den Ländern

Foto: istockphoto.de/pagadesign



**Seit der Föderalismusreform I im Jahr 2006 haben die Bundesländer wieder die Möglichkeit, wesentliche beamtenrechtliche Aspekte wie die Besoldung und Versorgung eigenverantwortlich gesetzlich zu regeln. Vor diesem Hintergrund möchte nun auch die nordrhein-westfälische Landesregierung die erworbene Kompetenz nutzen. Die geplante Dienstrechtsreform soll in zwei Akten erfolgen.**

## Schritt 1

Mit dem im September 2012 vorgelegten Entwurf eines Dienstrechtsanpassungsgesetzes will die Landesregierung in einem ersten Schritt aus ihrer Sicht unaufschiebbare Änderungsbedarfe im Besoldungs-, Versorgungs- und Dienstrecht vornehmen. Die Änderungen sollen bereits zum 01.01.2013 in Kraft treten.

Im Besoldungsrecht sieht der Entwurf die Abkehr vom Kriterium des Besoldungsdienstalters und damit vom Lebensalter beim Einstieg in die Grundgehaltstabellen A, R1 sowie R2 vor. Künftig sollen sich sowohl Stufeneinstieg als auch -aufstieg nach sogenannten Erfahrungsstufen richten. Auf diese Weise möchte der Gesetzgeber ein europarechtskonformes und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz entsprechendes Besoldungsrecht schaffen. Darüber hinaus ist in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur evident zu niedrigen Professorenbesoldung die Anhebung der Grundgehälter der Besoldungsgruppen W2 und W3 vorgesehen.

Die geplanten Änderungen auf dem Gebiet der Versorgung sind laut Gesetzgeber vorwiegend der Anpassung versorgungsrechtlicher Regelungen an das Rentenrecht geschuldet. Ein abschlagsfreier Eintritt in

Funktion mehreren Ämtern zugeordnet werden können. Die befristete Altersteilzeitregelung, die durch entsprechenden Beschluss der Landesregierung NRW nur auf den Lehrerbereich beschränkt ist, soll unter verschlechterten Konditionen über das Jahr 2012 hinaus verlängert werden.

## Schritt 2

In einem zweiten Schritt plant die Landesregierung weitere Änderungen des Dienstrechtes, die nach Möglichkeit Ende 2014/Anfang 2015 in Kraft treten sollen. Welche Inhalte sie sich vorstellt, ist bisher nicht bekannt. Sie hat jedoch angekündigt, dass die kommenden Modernisierungsschritte im Dialog mit dem DGB NRW erarbeitet werden sollen.

## DGB-Position

Der DGB NRW sieht sowohl das gewählte Verfahren als auch wesentliche Inhalte des ersten Gesetzentwurfs kritisch. „Das erste Gesetz geht weit über die angekündigten bloßen Reparaturen hinaus. Es werden bereits jetzt weitreichende Veränderungen vorgenommen, die besser in einem Reformprozess aus einem Guss hätten erfolgen sollen. Die



# Novellierung des Dienstrechts in zwei Akten

## DGB NRW fordert Reform statt Reparatur

den Ruhestand im Alter von 65 soll zukünftig möglich sein, wenn die oder der Betroffene 45 Jahre berücksichtigungsfähige Zeiten vorweisen kann. Im Falle der auf Antrag erfolgten vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand ist die Erhöhung des maximalen Versorgungsabschlags von 10,8 auf 14,4 Prozent vorgesehen. Fach- und Hochschulabschlagszeiten sollen nur noch verkürzt als ruhegehaltfähige Dienstzeiten anerkannt werden.

Die dienstrechtlichen Änderungen betreffen neben der Erweiterung des Anwendungsbereichs des Familienpflegezeitgesetzes auf Beamtinnen und Beamte, unter anderem die Ermöglichung der Ämterbündelung. Nach dem Willen der Landesregierung soll damit künftig eine

Änderungen im Versorgungsrecht stellen zum Beispiel ohne flankierende Regelungen zur Verankerung eines strategischen Gesundheitsmanagements und ohne die Schaffung flexiblerer Übergänge in den Ruhestand schlichte Pensionskürzungen dar. Im schlimmsten Fall verhindert die jetzige Weichenstellung auch noch die Einführung moderner Regelungen, wie wir sie fordern, etwa zu Lebensarbeitszeitkonten, einem Ruhestandskorridor oder zur Faktorisierung von Arbeitszeit.“ so der Vorsitzende des DGB NRW Andreas Meyer-Lauber.

Der DGB NRW ist nun aufgefordert zum umfangreichen Gesetzentwurf gegenüber der Regierung Stellung zu nehmen. Wir werden zu gegebener Zeit weiter berichten. ■

# Aus den Ländern

Foto: digitalstock.de/A. Möller



## Baden-Württemberg

### Vorschrift schränkt Freistellung ein

Der DGB befürchtet eine „dramatische Einschränkung“ des ehrenamtlichen Engagements von Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg. Laut einer geplanten Verwaltungsvorschrift zu beamtenrechtlichen Vorschriften sollen leitende Mitglieder in Organen von Gewerkschaften oder Parteien für Vorstandssitzungen auf Landes- oder Bundesebene nur noch drei Tage im Kalenderjahr freigestellt werden. Damit hebele die Vorschrift die höherrangige Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung aus, die keine zeitliche Begrenzung vorsehe, kritisiert der DGB. Das sei unrechtmäßig. Eine solche Beschränkung sei auch wegen des Schutzes gewerkschaftlichen und politischen Engagements durch das Grundgesetz problematisch. Außerdem sollen die betreffenden Beschäftigten zum Beispiel für Tagungen keinen Sonderurlaub mehr bekommen. Damit wären sie nicht mehr für Gewerkschafts- oder Parteitage freigestellt, auf denen sie gewählt werden müssen, und nicht für Fortbildungen. Diese sind aus Sicht des DGB jedoch notwendig, wenn Beschäftigte auf Augenhöhe mit dem Dienstherrn bleiben sollen. ■

## Bayern

### ver.di wirbt um Unterstützung für Altersteilzeit

ver.di hat in Bayern eine Kampagne für einen Tarifvertrag zur Altersteilzeit gestartet. Mit dem Slogan „Zukunft jetzt!“ wirbt die Gewerkschaft für Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst, die Beschäftigten einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Sie möchte mit der Landesregierung außerdem aushandeln, dass mehr Menschen im öffentlichen Dienst ausgebildet und übernommen werden und fordert unbefristete Arbeitsverhältnisse. Unterstützerinnen und Unterstützer der Kampagne können sich in Unterschriftenlisten eintragen. Eine Öffnungsklausel im Ta-

rifabschluss 2011 erlaubt es, in den Ländern über eine Regelung zur Altersteilzeit zu verhandeln. Eine bundesweit gültige Vereinbarung kam damals nicht zustande. Das bayerische Finanzministerium lehnte Verhandlungen mit dem Hinweis auf die hohen Personalkosten ab. Für Beamtinnen und Beamte wird seit 2010 eine Altersteilzeitregelung mit verschlechterten Bedingungen fortgeführt. ■

## Berlin

### ver.di demonstriert gegen Personalabbau

Personalräte von ver.di haben in Berlin gegen den geplanten Stellenabbau in den Bezirksämtern demonstriert. Anlässlich der Beratungen des Abgeordnetenhauses über das Personalbemessungskonzept am 10. September zogen sie zur Kundgebung nahe des Abgeordnetenhauses. Die Regierungskoalition von SPD und CDU plant, die Bezirksverwaltungen bis 2016 nur noch mit 20.000 Vollzeitstellen auszustatten. Damit würden weitere 1.450 Vollzeitarbeitsplätze abgebaut, sagt ver.di. Die Zahl erhöhe sich, wenn die derzeit nicht besetzten Stellen mitberechnet würden. „Angesichts der jahrelangen Kürzungspolitik des Senats führt dieses Abbaukonzept in einigen Bezirken zum endgültigen Kollaps“, befürchtet ver.di-Fachbereichssekretärin Marion Kruck. In den Bürgerämtern gebe es bereits lange Wartezeiten, Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Sozial-, Jugend- und Wohngeldämtern könnten die Antragsflut nicht mehr bewältigen. Die Personalräte fordern eine aufgabenbezogene Personalausstattung, nachhaltige Personalentwicklung und die Übernahme aller Auszubildenden. ■

## Brandenburg

### Neuer Vorschlag zu Altersgrenzen im Vollzugsdienst

Der Innenminister Brandenburgs, Dr. Dietmar Woidke, hat nach heftigem Protest seitens der

Gewerkschaften ein neues Eckpunktepapier zur Frage der künftigen Regelung der Pensionsaltersgrenzen im Vollzugsbereich angekündigt und dieses in einem Mitarbeiterbrief den Beschäftigten der Polizei vorgestellt. Das Papier sieht vor, dass sich die Pensionsaltersgrenze im Polizeivollzugsdienst künftig nach der Laufbahn richtet. Während sie für Beamte in mittleren Dienst bei 62 Jahren und für Beamte im gehobenen Dienst bei 64 Jahren liegen soll, müssen Polizeivollzugsbeamte im höheren Dienst nach den derzeitigen Plänen bis zum 65. Lebensjahr arbeiten. Die GdP, die erst über die Medien von besagten Eckpunkten erfuhr, hat nun die Initiative für eine gewerkschaftliche Großdemonstration am 14.11. 2012 in Potsdam ergriffen. Auch die ver.di-Landesfachgruppe Feuerwehr kritisierte die Informationspolitik und will sich nicht mit der Erhöhung des Pensionseintrittsalters auf 62 Jahre abfinden. ■

## Bremen

### GEW fordert mehr Geld für Bildung

In die Kritik an mangelnder Lehrerversorgung in Bremen hat sich Senatspräsident Jens Böhrnsen (SPD) eingeschaltet. In einem Gespräch mit der GEW und dem Personalrat Schulen forderten die Vertreter der GEW einen höheren Bildungsetat und mehr Lehrerstellen. Die Lehrerversorgung müsse durch 500 zusätzliche Stellen und die Aufhebung

# Aus den Ländern

der Kürzungsquote von 1,2 Prozent an die Berlins angeglichen werden. Die für dieses Jahr bewilligten 150 Lehrerstellen müssten im Haushalt abgesichert werden, forderten die Gewerkschafter. Eine Gegenfinanzierung durch zusätzliche Kürzungen im Jahr 2013 sei unverantwortlich. Die GEW-Delegation schilderte Böhrnsen, dass in diesem Schuljahr zu wenig Unterricht stattfindet und machte auf drohende Lücken bei Krankheit von Lehrkräften und im kommenden Schulhalbjahr aufmerksam. Dann soll laut Bildungsministerin der Großteil der Lehrerinnen und Lehrer, die in Pension gehen, nicht durch Neueinstellungen ersetzt werden. Böhrnsen sagte zu, dass der Senat den Bildungsetat prüfen werde. ■

## Hamburg

### DGB: Eingeschränkte Mitbestimmung weitgehend vom Tisch

Der DGB sieht den Hamburger Senat auf dem richtigen Weg zu einem fortschrittlichen Personalvertretungsgesetz. Das vorgelegte Eckpunktepapier zur Novellierung des Gesetzes sei „eine gute Grundlage“, sagte Hamburgs Vorsitzender Uwe Grund. „Entscheidend ist, dass Personalräte ebenso wie Betriebsräte zum Beispiel über die Anordnung von Mehrarbeit, den Datenschutz der Mitarbeiter oder für eine ergonomische Gestaltung von Arbeitsplätzen wieder mitbestimmen und ihre Forderungen durchsetzen können. Damit ist die Einschränkung der Rechte, für die die CDU 2005 gesorgt hatte, endlich weitgehend vom Tisch.“ Im weiteren Beteiligungsverfahren will der DGB aber auf zwei noch offene Punkte dringen. In wirtschaftlich tätigen Betrieben des öffentlichen Dienstes sollen Wirtschaftsausschüsse gebildet werden, in denen Unternehmensleitung und Personalrat die finanzielle Situation bewerten. Außerdem müsse der Beschäftigtenbegriff alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Dienststelle einschließen, auch wissenschaftliche Hilfskräfte und Leiharbeiter. ■

## Hessen

### Land will 1.900 Stellen einsparen

Hessens Finanzminister hat einen Personalabbau in der Landesverwaltung angekündigt. Laut Thomas Schäfer (CDU) sollen 1.900 Stellen plus fünf Prozent der Stellen in den Ministerien entfallen, um den Landeshaushalt zu entlasten. Der Geschäftsbericht 2011, den er jetzt vorstellte, beinhaltet Ausgaben für Beamtinnen, Beamte und Angestellte von 9,6 Milliarden Euro, etwa 1,1 Milliarden mehr als 2010. Das Land ist mit 70,6 Milliarden Euro verschuldet. Der DGB hatte bereits mit seinen Forderungen für den kommenden Haushalt erklärt, dass ein weiterer Stellenabbau nicht hinnehmbar sei. Der öffentliche Dienst müsse ausgebaut werden. „So würden sich etwa zusätzliche Betriebs- und Steuerprüfer selbst finanzieren und das Problem der Steuerhinterziehung würde endlich angegangen“, meint Stefan Körzell, DGB-Vorsitzender in Hessen. ■

## Mecklenburg-Vorpommern

### GEW: Lehrer nicht nur mit Verbeamtung locken

Eine Expertengruppe hat Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsminister erste Vorschläge dazu unterbreitet, wie der Lehrerberuf attraktiver werden könnte. Die Ergebnisse seien „wichtige Bausteine zur Verbesserung der beruflichen Situation der Lehrkräfte im Land“, urteilte Kerstin Morawetz von der GEW, die in der Arbeitsgruppe vertreten ist. Nun gehe es darum, Zeitschienen für die Umsetzung einzelner Maßnahmen zu erarbeiten. Die GEW fordert die Landesregierung auf, beschäftigungspolitische Punkte wie die Gestaltung der Arbeitszeit, Teilzeit, Altersteilzeit und Qualifizierung in einem Tarifvertrag zu regeln. Vorschläge zu Veränderungen im Referendariat begrüßte Morawetz. Vorverträge auszugeben sei eine gute Möglichkeit, um Anreize für die Ausbildung im eigenen Bundesland zu setzen. Die GEW fordert seit langem, die Ausbil-

dungszeit als volle Berufserfahrung anzuerkennen. In der Frage der Verbeamtung greift die Diskussion laut Morawetz bisher zu kurz. Sie dürfe nicht nur auf die Berufsanfängerinnen und -anfänger gerichtet bleiben. Es gehe um mehr, als junge Lehrerinnen und Lehrer durch Verbeamtung ins Land zu locken. Auch die Rahmenbedingungen müssten stimmen. Die GEW fordert für Verbeamtungen eine möglichst hohe Alterseinstiegsgrenze. ■

## Niedersachsen

### Keine Mehrheit für das Weihnachtsgeld

Die Oppositionsfraktionen im niedersächsischen Landtag teilen die Kritik des DGB an der längeren Lebensarbeitszeit von Beamtinnen und Beamten. Bei einer Diskussion zur Modernisierung des Dienstrechts forderten Vertreter von SPD, Grünen und Linke, die Pensionsaltersgrenze von 67 Jahren abzuschaffen. Politiker der Regierungskoalition von CDU und FDP lehnten das mit dem Hinweis auf die wachsende Zahl älterer Beschäftigter und die steigenden Ausgaben für die Altersversorgung ab. Beim Thema Weihnachtsgeld fiel die Zustimmung geringer aus. Nur die Linke sprach sich beim „Beamtenforum“, zu dem der DGB im Vorfeld der Landtagswahl 2013 eingeladen hatte, dafür aus, die Sonderzahlung wieder einzuführen. Auch bei der



Es diskutieren von links nach rechts Jan-Christoph Oetjen (FDP), Heinz Rolfes (CDU), Rüdiger Heitefaut (GEW), Moderatorin Karoline Grothe (NDR), Sigrid Leuschner (SPD), Meta Janssen-Kucz (Grüne) sowie Hans-Henning Adler (Die Linke).  
Foto: DGB

# Aus den Ländern

Mitbestimmung soll es keine Veränderung geben. Ein Streikrecht für Beamtinnen und Beamte ist für CDU und FDP ausgeschlossen. Längerfristig sei es sogar überlegenswert, das Berufsbeamtentum in Frage zu stellen. Dieser Forderung widersprachen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vehement. Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff hielt am Ende der Diskussion fest, dass zum Beispiel über Arbeitszeit, Urlaub und Besoldung Vertragsregelungen zwischen Landesregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ausgehandelt werden müssen. ■

Nordrhein-Westfalen

## DGB: Stellen reichen nicht aus

Nordrhein-Westfalens Regierung soll mehr Geld für neue Stellen im öffentlichen Dienst zur Verfügung stellen. Das hat der DGB an-

lässlich der Anhörung zum Personalhaushalt im Haushaltsentwurf 2012 gefordert. „Noch immer leidet der öffentliche Dienst in Nordrhein-Westfalen unter massivem Personalmangel“, sagte der Landesbezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber. Die rot-grüne Koalition habe zwar seit ihrem Regierungsantritt 2010 einige neue Stellen geschaffen. Diese reichten aber nicht aus, um dem steigenden Arbeitsaufwand gerecht zu werden. Die Regierung müsse auch die Arbeitsbedingungen verbessern, forderte Meyer-Lauber. „Die Beschäftigten verdienen durchschnittlich neun Prozent weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in der Privatwirtschaft und müssen mit über 40 Wochenstunden deutlich mehr arbeiten.“ Die Landesregierung müsse Verschlechterungen bei Wochenarbeitszeit und Weihnachtsgeld rückgängig machen, ausreichende Beförderungsmöglichkeiten schaffen und entschlossen Nachwuchsgewinnung betreiben. ■

Rheinland-Pfalz

## Frauen auf Vollzeitstellen unterrepräsentiert

In der Landesverwaltung von Rheinland-Pfalz arbeiten zwar zunehmend Frauen, jedoch selten auf Vollzeitstellen. Der Frauenanteil ist seit der Einführung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) 1995 kontinuierlich gestiegen, von 2008 bis 2010 um 1,7 Prozentpunkte auf 51 Prozent. Der vierte Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des LGG belegt jedoch auch, dass der Frauenanteil sinkt, wenn anstelle der Personenzahl das entsprechende Beschäftigungsvolumen ausgewiesen wird. Dann liegt der durchschnittliche Anteil bei 47 Prozent. „Teilzeitarbeit ist eine Domäne der Frauen“, stellt Frauenministerin Irene Alt (Grüne) fest. 79 Prozent der Teilzeitbeschäftigten waren weiblich. Bei den Vollzeitbeschäftigten betrug der Anteil der Frauen 39 Prozent. Von den in den Jahren 2008 bis 2010 neu eingestellten Landesbeschäftigten waren 64 Prozent weiblich. Im

Schuldienst betrug ihr Anteil 71, im übrigen Landesdienst 51 Prozent. Auch in Leitungsfunktionen sind Frauen dort überdurchschnittlich stark vertreten. Im gesamten Landesdienst ist nur knapp ein Drittel der Leitungspositionen mit Frauen besetzt. Dies zählt die Landesregierung mit zu den Gründen für eine Reform des LGG. Neben dem Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze!“ seien zusätzlich Personalmaßnahmen erforderlich, betont Alt. Das LGG müsse noch wirksamer und effizienter werden. ■

Saarland

## Rechnungshof empfiehlt höhere Abschläge auf Pension

Steigende Ausgaben für die Beamtenversorgung werden die angespannte Haushaltssituation des Saarlandes über Jahre hinweg verschärfen. Das geht aus dem Sonderbericht des Landesrechnungshofes zur Beamtenversorgung hervor. „Das Saarland steckt angesichts der Prüfungserkenntnisse, ungeachtet seiner ausgewiesenen Schulden, bei der Beamtenversorgung in einer versteckten Schuldenfalle“, stellen die Analysten fest. Nach ihren Prognosen wird die Zahl der Anspruchsberechtigten in den kommenden zehn Jahren bei unveränderten Rahmenbedingungen auf den Maximalstand von 15.500 steigen. Die Ausgaben für ihre Alterssicherung würden von derzeit 400 auf 600 Millionen Euro pro Jahr anwachsen. „Bedauerlicherweise wurde im Saarland in der Vergangenheit versäumt, entsprechende finanzielle Vorsorge zu treffen.“ Um die Mehrausgaben vollständig zu kompensieren, müssten laut Rechnungshof in den kommenden zehn Jahren 2.350 Stellen wegfallen – darüber wird bereits in der Landesregierung diskutiert. Der Rechnungshof empfiehlt außerdem eine längere Lebensarbeitszeit, flankiert von Konzepten zur Gesundheitsförderung und zum altersgerechten Arbeiten. Die Zahl der vorzeitigen Eintritte in den Ruhestand müsse eingedämmt werden. Beschäftigte, die vor



Foto: istockphoto.de/sdominick

# Aus den Ländern

dem Erreichen der Regelaltersgrenze aus dem Dienst ausscheiden wollen, müssten mit höheren Abschlägen auf die Pension von bis zu 14,4 Prozent rechnen. Bei den Beamtinnen und Beamten sieht der Rechnungshof jedoch nicht die Ursache für die Finanzierungsprobleme. Er zeigt auf, dass sie Einschnitte bei der Versorgung hinnehmen mussten, die sich auf jährliche Einsparungen von 48 Millionen Euro belaufen. Die GdP kritisiert, dass der Rechnungshof „einseitig nur diejenigen Alternativen benennt, die die Beamten zur Ader lassen, um die Staatskasse zu entlasten“, jedoch nichts dazu sage, wie die Einnahmesituation verbessert werden könnte. ■

## Sachsen

### CDU-Innenpolitiker stimmen für Weihnachtsgeld

Innerhalb der sächsischen CDU-Fraktion ändert sich die Position zum Thema Weihnachtsgeld. Der Arbeitskreis Innenpolitik hat sich einmütig dafür ausgesprochen, die Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamte wieder einzuführen. Der DGB-Bezirksvorsitzende Markus Schlimbach kommentierte das Umdenken mit den Worten: „Ein Fehler muss auch korrigiert werden können. Die CDU-Fraktion steht in der Verantwortung, eine politische Lösung zu finden oder jahrelange Rechtsstreite bis zum Bundesverfassungsgericht zu riskieren.“ Schlimbach zufolge haben mehr als 25.000 Beamte der Streichung des Weihnachtsgeldes widersprochen, der DGB hat Musterklagen bei den Verwaltungsgerichten eingereicht. Die Empörung über die Kürzung im Jahr 2010 sei nach wie vor riesig. ■

## Sachsen-Anhalt

### Zusätzlicher Urlaubstag auch für Beamte

Sachsen-Anhalts Beamtinnen und Beamte, die jünger als 40 Jahre sind, sollen einen zusätzlichen Urlaubstag bekommen. Das Finanzmi-

nisterium beabsichtigt, eine entsprechende Regelung aus dem Tarifbereich für Beamtinnen und Beamte anzuwenden. Wie aus einem Schreiben des Ministeriums hervorgeht, sollen die Statusgruppen gleich behandelt werden. Das Bundesarbeitsgericht hatte entschieden, dass die nach dem Alter gestaffelte Urlaubsregelung im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) jüngere Beschäftigte benachteilige. Es sprach einer Angestellten schon vor ihrem 40. Lebensjahr einen Jahresurlaub von 30 Tagen zu. Die Regelung im TVöD sah bis zum vollendeten 40. Lebensjahr 29 Tage vor. Sachsen-Anhalts Finanzministerium sieht keine Bedenken, bereits vor einer Änderung der Urlaubsverordnung „einen einheitlichen, altersunabhängigen Urlaubsanspruch“ für 2011 und 2012 zu gewähren. Der zusätzliche Anspruch für 2011 soll dem Urlaubsjahr 2012 zugerechnet werden. ■

## Schleswig-Holstein

### Gesetz schreibt Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen vor

Die Regierungsfaktionen in Schleswig-Holstein wollen die Vergabe öffentlicher Aufträge an einen Mindestlohn knüpfen. SPD, Grüne und Südschleswigscher Wählerverband haben dazu ein Tariftrue- und Vergabegesetz in den Landtag eingebracht. Mit der Einführung einer Lohnuntergrenze für Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, sollen Dumpinglöhne verboten sein. Der DGB begrüßt, dass die Fraktionen mit ihrer Gesetzesinitiative Wort halten. „Wenn künftig Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die 8,88 Euro und mehr zahlen, wird dies die regionale Kaufkraft und Nachfrage beleben. Und es schützt die heimischen Unternehmen, die fair mit ihren Beschäftigten umgehen, gegen die Dumpingangebote von Ausbeuterbetrieben“, sagt der Vorsitzende des DGB Nord, Uwe Polkaehn. Er erwartet, dass das Verbot von Lohndumping auch für die Kommunen gilt. ■

## Thüringen

### Mehr Beförderungen bei der Polizei

Doppelt so viele Thüringer Polizistinnen und Polizisten wie ursprünglich vorgesehen können in diesem Jahr befördert werden. Innenminister Jörg Geibert (CDU) hat im Kabinett eine Beförderungsquote von zehn Prozent für den mittleren Dienst durchgesetzt. Geibert zufolge können Polizisten bei der üblichen Quote von fünf Prozent auf zwei Beförderungen in 40 Dienstjahren hoffen. Das spiegele jedoch kaum die Leistungen vieler Beamter wider, die honoriert werden sollen. Laut GdP können mit der Regelung in diesem Jahr allein im mittleren Dienst knapp 380 Beförderungen ausgesprochen werden. „Damit wurde zur Abschaffung der Fünf-Prozent-Klausel ein erster Schritt vorgenommen, um eine langjährige Forderung der GdP umzusetzen“, lobt die Gewerkschaft. Sie will dafür kämpfen, wass auch der gehobene Polizeivollzugsdienst bald von der Öffnung der Prozentgrenze profitiert. ■



Foto: istockphoto.de/acilo



## Altersteilzeit

Voraussetzungen und Wirkungen

Mit der Möglichkeit der Altersteilzeit soll über eine Arbeitszeitreduzierung oder aber eine vorzeitige Beendigung der aktiven Tätigkeit, der Übergang in den Ruhestand vorbereitet und erleichtert werden können. Auf Bundesebene existieren für die Beamtinnen und Beamten zwei Varianten der Altersteilzeit (§ 93 Abs. 3 und 4 Bundesbeamtengesetz), die sich hinsichtlich der zu erfüllenden Voraussetzungen unterscheiden. Das Magazin für Beamtinnen und Beamte stellt diese vor.

### Allgemeine Voraussetzungen der Altersteilzeit

Beiden Alternativen ist gemein, dass die Beamtin bzw. der Beamte bei Beginn der Altersteilzeit das 60. Lebensjahr vollendet haben muss, in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit drei Jahre mindestens teilzeitbeschäftigt war sowie Bewilligung und Antritt der Altersteilzeit bis einschließlich 31.12.2016 erfolgen. Darüber hinaus dürfen dem Anliegen keine dienstlichen Belange entgegenstehen. Das Bundesverwaltungsgericht hatte in einer seiner Entscheidungen festgestellt, dass die Bewilligung eines Antrags auf Altersteilzeit auch von der Haushaltslage abhängig sein kann. Dies ist kann jedoch nur dann

der Fall sein, wenn sie auf die sachgemäße und reibungslose Erfüllung der Verwaltungsaufgaben zurückwirkt.

### Alternative 1: in einem Restrukturierungs- und Stellenabbaubereich

In diesen Bereichen kann Altersteilzeit bei Vorliegen der oben aufgeführten Voraussetzungen bewilligt werden. Die Bewilligung eines entsprechenden Antrags steht folglich im Ermessen der Dienststelle. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Welche Bereiche darunter fallen bestimmt die jeweils zuständige oberste Bundesbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Dazu zählen die Bundesverwaltung, die Deutsche Bundesbank, das Bundeseisenbahnvermögen und die Postnachfolgeunternehmen.

### Alternative 2: im Rahmen einer Quote

Beamtinnen und Beamte können auch einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit haben. Dies erfordert neben den oben genannten Voraussetzungen, dass im Zeitpunkt der Antragstellung weniger als 2,5 Prozent der Beamtinnen und Beamten der jeweiligen obersten Dienstbe-

## Internetanzeigen im Bannerformat Online. der schnelle Weg zum Ziel



Darlehen gibt es auch für Tarifkräfte  
[www.beamtenkredite-online.de](http://www.beamtenkredite-online.de)



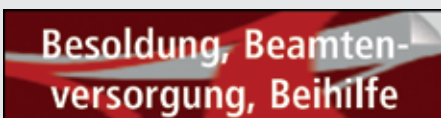
Mit einer Stellenbörse für Ausbildungsplätze  
[www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de)



Nur 10 Euro im Jahr: OnlineBücher des DBW  
[www.dbw-online.de/online-service](http://www.dbw-online.de/online-service)



Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst  
[www.der-oeffentliche-sektor.de/bezuegekonto](http://www.der-oeffentliche-sektor.de/bezuegekonto)



Der PDF-SERVICE für 15 Euro im Jahr  
[www.beamten-informationen.de/pdf\\_service](http://www.beamten-informationen.de/pdf_service)



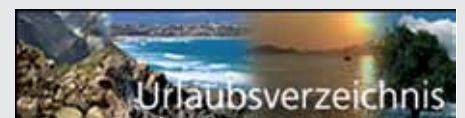
DBW Unser Angebot – Ihr Vorteil  
[www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

### Sie wollen sich hier präsentieren?

Ihre Banner-Anzeige präsentieren wir im Beamten-Magazin und im Internet unter [www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de). Für den Komplettpreis von 60 Euro (zzgl. MwSt.) erreichen Sie 34.000 Leser und monatlich 50.000 Besucher. Anzeigenbuchung unter [www.beamten-magazin.de/anzeigenmarketing](http://www.beamten-magazin.de/anzeigenmarketing).



Aus der Praxis für die Praxis  
[www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminare](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminare)



Urlaubsverzeichnis  
[www.urlaubsverzeichnis-online.de](http://www.urlaubsverzeichnis-online.de)



→ hörde einschließlich ihres Geschäftsbereichs davon Gebrauch gemacht haben. Die oberste Dienstbehörde entscheidet jeweils im Voraus eines Kalenderjahres, ob sie eine so genannte Ressortquote oder eine so genannte Behördenquote festlegt. Bei der ersten Variante wird die Zahl der in der obersten Dienstbehörde und ihren nachgeordneten Behörden möglichen Altersteilzeitbewilligungen bis zum Erreichen der Quote von 2,5 Prozent bestimmt. Die oberste Dienstbehörde kann aber auch eine Behördenquote festlegen. Dabei bestimmt sie, für welche Teile der Verwaltung innerhalb ihres Geschäftsbereichs die Quote von jeweils 2,5 Prozent maßgeblich ist. Unerheblich ist dabei die Ressortquote.

### Altersteilzeitmodelle

Unter Altersteilzeit ist Teilzeitbeschäftigung mit der Hälfte der bisherigen Arbeitszeit zu verstehen. Sie kann im Blockmodell oder aber im Teilzeitmodell genommen werden, wobei die Entscheidung darüber im pflichtgemäßen Ermessen des Dienstherrn steht. Das Blockmodell beginnt mit der Arbeitsphase mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit, an die sich sodann bis unmittelbar vor Beginn des Ruhestands die Zeit der Freistellung anschließt. Beim Teilzeitmodell reduziert sich hingegen das Arbeitszeitvolumen für den gesamten Zeitraum der Altersteilzeit bis zum Erreichen des Ruhestandes.

### Auswirkungen auf Besoldung und Versorgung

Die Dienstbezüge werden – unabhängig vom gewählten Altersteilzeitmodell – im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit gekürzt. Zudem bekommt die bzw. der Betroffene einen nicht ruhegehaltfähigen, steuerfreien Zuschlag in Höhe von 20 vom Hundert der gekürzten Dienstbezüge.

Bei der Versorgung erfolgt eine Aufwertung der Altersteilzeit, sodass die Zeit zu 9/10 als ruhegehaltfähig gilt. Bei 60 Monaten Altersteilzeit sind somit 54 Monate ruhegehaltfähige Dienstzeit. Zudem sind die vollen Dienstbezüge ruhegehaltfähig, selbst wenn die bzw. der Betroffene in Teilzeit beschäftigt war. ■

## Unser Angebot – Ihr Vorteil

### Augustinum Seniorenresidenzen

Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen. Die Seniorenresidenzen des Augustinum setzen bundesweit an 22 Standorten anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.



[www.augustinum.de](http://www.augustinum.de)

### „Abnehmen und Meer“

Im Urlaub auf dem Weg zum Wunschgewicht – mit einem Ernährungs- und Bewegungsprogramm. Intensiver Einstieg in eine schlanke Zukunft.



[www.abnehmenundmeer.de](http://www.abnehmenundmeer.de)

### Das Fachklinikum Borkum

Bei Haut- und Atemwegserkrankungen: Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.



[www.fachklinikum-borkum.de](http://www.fachklinikum-borkum.de)

### Die Ostseeklinik Kühlungsborn

Das Zentrum für chronische Haut- und Atemwegserkrankungen, für Allergien bei Erwachsenen und Kindern sowie psychosomatischen Erkrankungen bei Frauen.



[www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de](http://www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de)

### EUREKA

Der Vorsorgespezialist für Beamte, Richter und Soldaten sowie deren Familienangehörigen.



[www.eureka24.de](http://www.eureka24.de)



**Themenschwerpunkt dieser Ausgabe ist die Zukunft der Alterssicherung. Über das DGB-Rentenkonzept 2012 sprach das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ mit Annelie Buntenbach, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, u. a. zuständig für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.**

## **Welche Gefahren siehst Du für Rentnerinnen und Rentner in Deutschland in den kommenden zwei Jahrzehnten?**

Altersarmut und sozialer Abstieg werden selbst für große Teile der Mittelschicht zu einer ernsthaften Bedrohung. Bereits 2007 hat die letzte große Untersuchung zur Alterssicherung in Deutschland (AVID) gezeigt: Innerhalb von 15 Jahren nimmt der Anteil der Männer in Ostdeutschland mit Renten unter 600 Euro von vier auf 28 Prozent zu, bei

## Altersarmut ist vermeidbar

den ostdeutschen Frauen verdoppelt sich der Anteil auf 36 Prozent. Auch im Westen wird es enger: Hier steigt der Anteil der niedrigen Renten zwischen 500 und 800 Euro von acht auf 15 Prozent. Verantwortlich dafür sind zwei Entwicklungen, die sich gegenseitig verstärken. Zum einen sind niedrige Renten eine Folge der Unordnung am Arbeitsmarkt mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors, brüchigen Erwerbsbiographien und der schlechten Beschäftigungssituation für Ältere. Zum anderen hat der Gesetzgeber die Rente systematisch zusammengestrichen. Seit 2001 werden die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung innerhalb von 30 Jahren um rund ein Viertel zurückgefahren. Bis 2030 sinkt allein das Rentenniveau bis auf 43 Prozent.

## **Die Bundesregierung hat den Entwurf für ein Beitragssatzgesetz 2013 vorgelegt. Danach soll der Rentenversicherungsbeitrag zum 1. Januar 2013 auf 19,0 Prozent sinken. Warum lehnt der DGB die Pläne der Bundesregierung ab?**

Wenn der Beitragssatz heute sinkt, werden die Rücklagen innerhalb weniger Jahre bis auf das gesetzliche Mindestmaß von gerade einmal 0,2 Monatsausgaben schrumpfen. Dann muss der Beitrag binnen eines Jahres um insgesamt einen ganzen Punkt wieder steigen – oder es werden weitere Leistungskürzungen beschlossen. Gerade die jüngeren Generationen werden dann zusätzlich belastet. Sie müssen mit ihren Beiträgen die Renten finanzieren und zugleich für ihr eigenes Einkommen im Alter immer größeren Lücken hinterher sparen. Vielen wird das nicht gelingen und so verschärft sich das Problem der drohenden Altersarmut weiter. Es ist doch schizophoren, wenn Ministerin



Annelie Buntenbach  
Foto: DGB/Jana Stritzke

von der Leyen einerseits vor der dramatischen Entwicklung bei den Renten warnt und im gleichen Atemzug die Reserven verschleudert.

## **Wie können Rentenversicherte zukünftig noch eine auskömmliche Alterssicherung erreichen?**

Wir müssen die gute finanzielle Situation der Rentenversicherung nutzen und eine Demografie-Rücklage aufbauen. Damit kann nicht nur das Rentenniveau von heute rund 50 Prozent mindestens bis 2030 stabilisiert werden. Auch für bessere Erwerbsminderungsrenten und demografiegerechte Reha-Leistungen

wäre genug Geld da. Selbst die Rente mit 67 könnte zumindest ausgesetzt werden. Und dabei müsste nicht einmal der Beitragssatz über die vom Gesetzgeber weitgehend willkürlich gesetzte Obergrenze von 22 Prozent im Jahr 2030 steigen. Dabei machen wir uns diese Grenze nicht zueigen. Aber wir zeigen, dass

die Argumentation der Regierung nicht stimmt: das Rentenniveau muss eben nicht sinken, nur um das Ziel der 22 Prozent-Obergrenze einzuhalten. ■

### Zur Person

- 1955 in Solingen geboren
- Studium Geschichte und Philosophie in Bielefeld, Ausbildung zur Lehrerin (2. Staatsexamen), mehrere Jahre als Setzerin tätig, außerdem in der politischen Bildungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus
- 1994-2002 Mitglied des Deutschen Bundestags (Bündnis 90/Grüne), Arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung
- 2002 – 2006 Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim Bundesvorstand der IG BAU, Mitarbeit am gewerkschaftlichen Minderheitengutachten zum Abschlussbericht der Rürup-Kommission
- 2005 – 2006 Mitglied im Vorstand und geschäftsführenden Ausschuss der Berufsgenossenschaft Bau
- Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB  
Alternierende Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit  
Alternierende Vorsitzende des Bundesvorstands der Deutschen Rentenversicherung Bund
- Aufsichtsratsvorsitzende Index Gute Arbeit



# Aus den Gewerkschaften

## Modellprojekt zum demografischen Wandel

Im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Der öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber“ unter anderem mit der Frage nach den künftigen Arbeitsbedingungen. Neben dem DGB ist als tarifpolitischer Akteur auch ver.di vertreten. Die Gewerkschaft ver.di sucht bereits selbst seit 2011 in einem Modellprojekt nach Lösungen für die Beschäftigten. Auf Grund des demografischen Wandels ergeben sich neue Herausforderungen. Immer häufiger müssen Beschäftigte die Pflege und Betreuung von Angehörigen in ihre Berufstätigkeit integrieren. Hinzu kommt, dass der Altersdurchschnitt der Belegschaften kontinuierlich steigt und die Belastbarkeit der Beschäftigten sich verändert. Deshalb hat ver.di ein Projekt zum demografischen Wandel in der betrieblichen Praxis begonnen. Die Beteiligten entwickeln Arbeitsbedingungen, die auf die Bedürfnisse alternder Beschäftigter abgestimmt sind, und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern sollen. In-

zwischen nehmen zwei Landkreise, drei Städte und zwei kommunale Wirtschaftsbetriebe am Projekt teil. Die Beschäftigten sind eingebunden, so dass ihre Interessen und Bedürfnisse unmittelbar einfließen können. Beim Allgemeinen Sozialen Dienst der Stadt Bochum wurden beispielsweise die Sprechzeiten reduziert. Dadurch haben die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mehr Zeit für Dokumentationspflichten und weniger Stress. In den Technischen Betrieben Konstanz gibt es nun „Umstiegsarbeitsplätze“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Leistungsfähigkeit durch Krankheit eingeschränkt ist. In allen Projekten wurden moderierte Gesprächskreise für Beschäftigte eingerichtet, die Angehörige pflegen. Sie bieten die Möglichkeit, Erfahrungen und Informationen auszutauschen. Die Stadt Wolfsburg hat inzwischen „Gesundheitslotsen“ für die Stadtverwaltung qualifiziert. Sie haben Arbeitsabläufe und Tätigkeiten im Blick und überlegen, wo Probleme auftauchen oder abgestellt werden könnten. ■

– Anzeige –

## „Beamten-Magazin“ und „Wissenswertes“ für nur 19,50 Euro (inkl. Versand)



&



Sie interessieren sich für Änderungen und Neuregelungen im Beamten-, Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsrecht bei Bund und Ländern und wollen auf dem Laufenden bleiben? Sichern Sie sich das Beamten-Magazin im Doppelpack mit dem Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“. Zum Komplettpreis von 19,50 Euro liefern wir Ihnen ein ganzes Jahr lang bequem nach Hause

- 10 x jährlich das Beamten-Magazin
- 1 x jährlich (im Frühjahr) die aktuelle Jahresausgabe des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“.

Noch schneller geht es online unter:  
[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

**INFO-SERVICE**  
Öffentlicher Dienst/Beamte

## Urteil

### Mindestalter für Einstieg in Beamtenlaufbahn verfassungswidrig

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass eine Vorschrift in einer Laufbahnverordnung, die eine Mindestaltersgrenze für einen Aufstieg in eine höhere Laufbahn vorschreibt, verfassungswidrig ist. Geklagt hatten zwei Steuerhauptsekretärinnen in der Finanzverwaltung des Saarlandes, denen die Zulassung zum Aufstieg für besondere Verwendungen für Steuerbeamte mit Verweis auf das Nichterreichen der Altersgrenze von 40 Jahren verweigert wurde. Das Gericht stellte fest, dass die Nichtberücksichtigung der Klägerinnen einen Verstoß gegen Art. 33 Abs. 2 GG und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz darstellt. Ein Bewerber könne bei einer solchen Auswahlentscheidung nur dann wegen seines zu geringen Alters abgelehnt werden, wenn deswegen eine Beurteilung seiner Bewährung (noch) nicht möglich ist. Das Lebensalter lasse grundsätzlich keine Rückschlüsse

auf die Eignung für das angestrebte Amt zu. Ebenfalls unzulässig seien längere als zur Beurteilung der Bewährung des Bewerbers nötige Mindestwartezeiten, die der Bewerber im Beamtenverhältnis oder in seinem bisherigen Amt verbracht haben muss. Diese Regelungen würden ebenfalls ältere Bewerber ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes besserstellen (Az. 2 C 74.10 und 2 C 75.10). ■

## Aktion

### Tausende Menschen fordern gerechte Staatsfinanzierung

Bei bundesweiten Aktionen haben mehr als 40.000 Menschen eine solidarische Finanzierung des Gemeinwesens gefordert. Sie traten dafür ein, dass vermögende Menschen stärker zu den Einnahmen des Staates beitragen – durch eine einmalige Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer. „Denn ob fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr oder so genannte freiwillige soziale Leistungen – der öffentlichen Hand

fehlt das Geld für wichtige Investitionen“, erklärten die Initiatoren des Aktionstages am 29. September. Unter dem Motto „Umfairteilen“ hatte das Bündnis in 40 Städten zu Kundgebungen, Protesten und Diskussionen



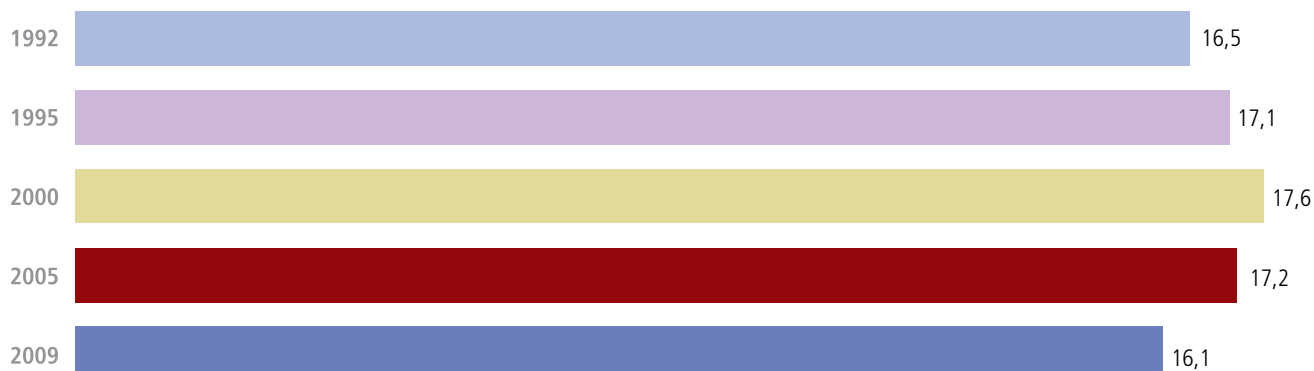
gegen Sozialabbau und soziale Ungleichheit eingeladen. Ihm gehören die GEW, die DGB Jugend, ver.di, Sozialverbände, politische sowie religiöse und studentische Gruppen an. Nach Angaben der Veranstalter verfügt ein Prozent der reichsten Bundesbürgerinnen und -bürger über ein Privatvermögen, das alle Schulden von Bund, Ländern und Kommunen übersteigt. Das private Nettovermögen in Deutschland habe sich seit 1992 mehr als verdoppelt - auf rund zehn Billionen Euro. Unterstützer können im Internet unterzeichnen: [www.umfairteilen.de](http://www.umfairteilen.de) ■

## Zahlen, Daten, Fakten

### Deutschland spart weiter bei der Bildung

„Der Indikator Schüler-Lehrer-Relation weist darauf hin, dass sich an den Schulen die Versorgungssituation über all die Jahre nur wenig verbessert hat. Die Arbeitsbelastung der Lehrer wurde größer, die Stundendeputate wurden erhöht. Im internationalen Vergleich hat das deutsche Bildungswesen immer wieder schlechte Noten bekommen, die personelle Ausstattung an den Schulen ist ein wesentlicher Grund hierfür.“

Anzahl der Schülerinnen und Schüler pro Lehrkraft



Quelle: Dieter Vesper, „Finanzpolitische Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Öffentlichen Dienstes in Deutschland“, IMK Study Nr. 25/2012.

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBW**

Unsere Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung bietet Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ Bedarfsgerechter Dienstunfähigkeitsschutz speziell für Beamte
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [www.DBW.de](http://www.DBW.de) oder Telefon 0800 166 55 94.



Ein Unternehmen der AXA Gruppe

## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
per Telefon: 0211 7300335  
per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
Firma \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
E-Mail \_\_\_\_\_  
Konto-Nummer \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_



## Weil es um meine Gesundheit geht

Beamte versichern sich privat

**Günstige Tarife – auch  
für Beamtenanwärter –  
bereits ab 24 € im Monat.**

Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen:

- individuelle und bedarfsgerechte Krankenversicherung
- besonders günstige Beiträge (z.B. nur 155,83 € im Monat\*)
- 4 Monatsbeiträge Rückerstattung, bereits ab dem 1. leistungsfreien Jahr

\* für einen 30-Jährigen bei 50 % Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

**Jetzt informieren: [www.huk.de](http://www.huk.de)**

Wir kooperieren:

**DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS 2012**



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig